



(Foto: RM)

Die französische EU-Präsidentschaft: Macrons Visionen und mögliche Folgen für Liechtenstein

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron will die Europäische Union in eine neue Richtung - hin zu mehr «strategischer Autonomie» steuern. In seinem Gastbeitrag beleuchtet **Michael Wohlgemuth**, welche Folgen eine stärker protektionistische, interventionistische und etatistische EU, aber auch die Idee einer «europäischen politischen Gemeinschaft» für ein kleines Land wie Liechtenstein bedeuten würde.

Zum Jahreswechsel wehte in Paris unter dem Arc de Triomphe eine riesige Europafahne. Man wollte so den Beginn der sechsmonatigen EU-Ratspräsidentschaft markieren, für die sich Präsident Emmanuel Macron sehr viel vorgenommen hat. Nach zwei Tagen wurde die Fahne wegen Protesten französischer Patrioten wieder entfernt. Vielleicht ist Frankreich gar nicht so «pro-Europäisch» wie Macron es aussehen lassen will? Sicher wären sehr viel mehr Europafahnen aus dem öffentlichen Leben verschwunden, hätte Marine Le Pen Ende April die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Diese Wahl hat Macron zwar gewonnen; die Parlamentswahlen aber nicht. In der Nationalversammlung hat seine Parteienallianz die Mehrheit verloren; die radikale Rechte und radikale Linke wurden gestärkt. Beide verlangen zwar nicht den Austritt Frankreichs aus der EU, wohl aber die schlichte Missachtung von EU-Recht, wenn dies «nationalen Interessen» zuwiderlaufen sollte.

«Strategische Autonomie» oder protektionistische Autarkie?

Macron dagegen will die Regeln ändern. Vor allem auch zugunsten französischer Sonderinteressen und der traditionell merkantilistischen Wirtschaftsphilosophie des Landes. So versprach er im Wahlkampf stolz, er werde «einhundert Prozent

französische Wertschöpfung» bei der Produktion von E-Autos, Windkraft und Solarpanels erreichen. Auch erwartet er, dass die EU-Wettbewerbsbehörde es ihm erlaubt, die staatliche Kapitalmehrheit von noch mehr französischen Firmen zu übernehmen, wie etwa dem Energieriesen EDF. Die zentralen Botschaften der französischen Ratspräsidentschaft waren «strategische Autonomie», «Europäische Souveränität» und «ein Europa, das Schutz bietet». Konkret heisst das: Aussenhandel nur dann, wenn europäische (noch besser: französische) Sozial- und Umweltstandards erfüllt werden. Zudem: Subventionierung der europäischen Industrie oder auch der französischen Unternehmen, die im Binnenmarkt Wettbewerbsnachteile haben. Dazu gehören auch Steuernachteile. Frankreich drängt schon immer am stärksten danach, Unternehmenssteuern zu «harmonisieren», damit Wettbewerber keine günstigen Fiskalbedingungen im Ausland finden. Noch verlangt Steuerpolitik in der EU Einstimmigkeit, und die wurde bisher immer wieder knapp verfehlt. Dagegen ist es Frankreich gelungen, das Schuldenmachen in der Eurozone nahezu ungehemmt zu erlauben. Noch besser: jetzt darf sich auch die EU selbst verschulden, um immer neue Ausgabenprogramme zu finanzieren. Vieles von dem, was Macron in diesem ersten Halbjahr in der EU angestossen hat, ist krisenbedingt unter dem Radar der öffentlichen Auf-

merksamkeit und Kritik geblieben. Einiges hat durch die aktuellen Krisen aber auch an grundsätzlicher Plausibilität gewonnen. «Strategische Autonomie» ist in der Tat in Zeiten gestörter Lieferketten und einseitiger Abhängigkeit von Energie aus Russland, Weizen aus der Ukraine, oder Mikrochips aus Taiwan ein nachvollziehbares und sogar dringendes politisches Ziel geworden. Protektionismus und einseitige Subvention heimischer Wertschöpfungsketten ist aber kaum das beste Mittel. Autonomie muss nicht Autarkie bedeuten. Besser wäre es, auf Diversifikation zu setzen. Das heisst auch, mit möglichst vielen anderen Ländern möglichst umfassende Freihandels- und Lieferabkommen zu schliessen, und so Abhängigkeiten von Importen (und Exporten) gegenüber China oder Russland zu reduzieren. Gerade hier aber hemmt vor allem Frankreich die Verhandlungen mit Australien, Neuseeland, Mexiko und Chile. Eine immer stärker protektionistische, interventionistische und etatistische EU wäre auch zum Nachteil für Liechtenstein. Zwar hält der EWR den Zugang zum Binnenmarkt auch einer «strategisch autonomen» EU offen. Aber wenn sich die Attitude durchsetzt, Wertschöpfungsketten zunehmend auch national abzuschotten, ist auch dieser Binnenmarkt nicht mehr offen. Und der zunehmend erfolgreiche Versuch Frankreichs und anderer Länder, den Wettbewerb der Regulierungs- und Steuersysteme durch ein Kartell der Überregulierer abzulösen,

muss im Land auch mit Sorge betrachtet werden. Eine «Europäische politische Gemeinschaft» Eher mit offener Neugier könnte man in Liechtenstein dagegen den Vorschlag von Emmanuel Macron verfolgen, eine «Communauté Politique Européenne» zu gründen. Neben der EU sollen hier auch Nachbarländer wie die Ukraine, Georgien, die Balkanstaaten sowie das Vereinigte Königreich oder die Schweiz eingeladen werden, über Fragen wie etwa gemeinsame Verteidigung, Energieversorgung, Klimapolitik, oder Migration eine wahrhaft «europäische» politische Haltung zu entwickeln. «Man kann doch in derselben Strasse wohnen, ohne im selben Haus zu wohnen», so Macron. Wie genau diese weit gefasste Wohngemeinschaft institutionell ausgestaltet sein soll, liess er offen. Da Liechtenstein ja geografisch in der Mitte der Strasse, gleich neben dem Schweizer Haus ein kleines, aber feines Hüsli hat, würde man wohl auch zur europäischen «Eigentümersammlung» geladen werden - wenn auch nicht mit Platz in der vordersten Reihe. Der Charme dieser Initiative liegt vielleicht darin, dass deutlich würde, dass die EU nicht gleich «Europa» ist. Ländern Europas, die in die EU wollen, aber noch nicht können oder sollen, weil sie - aber auch die EU selbst - dazu institutionell noch nicht hinreichend vorbereitet sind, würde so ein mehr oder minder strukturiertes Format der Zusammenarbeit geboten. Und Länder, die nicht mehr (UK

oder vorhersehbar gar nicht (EFTA-Länder wie Liechtenstein) EU-Mitglied, wohl aber guter Nachbar sein wollen, hätten auch einen Platz am Tisch. Was dabei generell, und auch für Liechtenstein, herauskommen könnte, ist zurzeit reine Spekulation. Die begrenzte Kapazität von Regierung und Administration, sich um internationale Diplomatie und Konsultation zu kümmern, wird schon im EWR reichlich in Anspruch genommen. Die «unbewaffnete Neutralität» des Landes macht es auch nicht geeignet, in vielen geopolitischen Fragen starke Zusagen zu machen. Aber Liechtenstein gehört ohne Vorbehalt zur «Europäischen Wertegemeinschaft» und damit auch zu einer wie auch immer gestalteten «Europäischen politischen Gemeinschaft» als Forum, gemeinsame Werte so gut wie möglich politisch zu vertreten.



Über den Autor
Prof. Dr. Michael Wohlgemuth ist Forschungsauftraggeber der Stiftung für Staatsrecht und Ordnungspolitik (Eschen). Er ist Volkswirt und unterrichtet politische Ökonomie u. a. an der Universität Witten/Herdecke und am CEVRO in Prag.

ANZEIGE



**Stiftung für
Staatsrecht und
Ordnungspolitik**

ANZEIGE

Debitorenausstände jederzeit im Überblick.
Die QR-Rechnung schafft Transparenz.



www.llb.li/qr-rechnung

**Liechtensteinische
Landesbank**¹⁸⁶¹
Tradition trifft Innovation.